

01.09.2014 - Produktion und Krieg

Der Erste Weltkrieg und heute: Ähnlichkeiten und Unterschiede

von Ingo Schmidt

Die Kriegführung ist immer auch ein Abbild der zu einem gegebenen Zeitpunkt herrschenden Produktionsverhältnisse. Ein Vergleich mit der Zeit vor hundert Jahren ist aufschlussreich. Die Geschäfte liefen gut in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Allerdings zeichneten sich bereits politische Veränderungen ab, die den über die nächste Bilanz hinausblickenden Teilen der herrschenden Klassen Europas Sorgen bereiteten. In London und Paris wurden die weltpolitischen Ambitionen, zu deren Zweck sich Ruhrindustrielle und ostelbische Junker zusammengeschlossen hatten, mit Argwohn betrachtet. In Moskau und Wien galt der Zerfall des Osmanischen Reiches als Menetekel der eigenen Zukunft, schien aber zugleich Expansionsmöglichkeiten auf dem Balkan zu eröffnen, um den eigenen Niedergang hinauszuschieben.

Diese Veränderungen führten schließlich dazu, dass das Konzert der europäischen Großmächte, in dem Konflikte um die koloniale Aufteilung der Welt bis dato austariert werden konnten, in zwei Blöcke zerfiel. Österreich suchte den Schulterchluss mit dem aufstrebenden Deutschland, um die russischen Ambitionen auf dem Balkan zurückzudrängen. Umgekehrt gingen Großbritannien, Frankreich und Russland ein Bündnis ein, um den deutschen Griff nach der Weltmacht abzuwehren. Nachdem sich der politische Gegensatz zwischen den Mittelmächten und der Triple Entente herausgebildet hatten, genügte ein lokales Ereignis wie der Mord am österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand, um den Kampf um die Vorherrschaft in Europa und seinen überseeischen Kolonien auszulösen.

Die Arbeiterbewegung war sich der drohenden Kriegsgefahr bewusster als die herrschenden Politiker und Militärs, die mit Geheimdiplomatie, Rüstung und Aufmarschplänen schon lange vor 1914 auf einen möglichen Krieg hinarbeiteten. Bis wenige Tage vor Kriegsbeginn wiederholte Erklärungen, einen solchen Krieg durch Mobilisierung der internationalen Klassensolidarität gegen den nationalistischen Wahnsinn verhindern zu wollen, waren allerdings wenig überzeugend. Zu groß war in Teilen der Arbeiterbewegung die Hoffnung, sich durch Kollaboration mit der eigenen Bourgeoisie einen Anteil an Kriegsbeute und Kolonialprofiten zu sichern. Die Bereitschaft, fürs Vaterland ins Feld zu ziehen, wurde noch dadurch verstärkt, dass die herrschenden

Klassen aller Länder sich als Angegriffene und Hüter einer überlegenen Kultur ausgaben.

Ganz Gewieft sahen im Kriegssozialismus mit seiner Klassenzusammenarbeit und staatlichen Wirtschaftsplanung schon einen Schritt in Richtung sozialistisches Endziel. Eine Zeitlang schien es sogar, als sollten sie recht behalten. Nachdem zwei Weltkriege, Revolutionen und Große Depression die Adelsherrlichkeit in Mittel- und Osteuropa beendet und den Ost-West-Gegensatz an die Stelle der europäischen Weltbeherrschung gesetzt hatten, begann in Europa der kurze Traum immerwährenden Sozialstaatsausbaus.

Aus den Ruinen zweier Weltkriege

Die Ursprünge der politischen und ökonomischen Ordnung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg durchsetzte, lassen sich bis in die Jahre vor 1914 zurückverfolgen und haben sich im Zeitalter der Katastrophen von 1914 bis 1945 zu prägenden Kräften weiterentwickelt.

Im Inneren der europäischen Zentren trieb die Kriegsproduktion die Übernahme amerikanischer Methoden der Massenproduktion enorm voran. Damit ging eine Dequalifizierung und Standardisierung der manuellen Arbeit einher. Die Stellung berufsstolzer und hochqualifizierter Arbeiter wurde dadurch untergraben und die Rekrutierungsbasis der Arbeiterbewegung drastisch verengt. In den Arbeiterheeren, die sich 1914 zum Krieg um die Weltherrschaft, aber auch um die Verteidigung der im 19. Jahrhundert entstandenen Allianzen zwischen Industriekapitalisten, Bankiers und Grundeigentümern aufmachten, waren die Soldaten ebenso ein Anhang der Kriegsmaschine wie die Fließbandarbeiter in den tayloristisch durchorganisierten Fabriken des 20. Jahrhunderts ein Anhang der Produktionsmaschinen waren.

An den Heimatfronten wurden Frauen, die bis dahin nur in der Textil- und Agrarwirtschaft sowie als Dienstboten in nennenswerter Zahl Lohnarbeit verrichteten, massenhaft in der Rüstungsproduktion beschäftigt. Dieser Einbruch in bislang Männern vorbehaltenen Wirtschaftssektoren erschütterte die Geschlechterverhältnisse, unter denen sich Industriekapitalismus und Imperialismus entwickelt hatten, und bereitete die Entstehung autonomer Frauenbewegungen in der Zeit des Sozialstaatskapitalismus vor. Auftrieb erhielten diese Bewegungen aber vor allem, weil der Ausbau des Sozialstaates nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Versuch verbunden war, Frauen wieder aus dem Erwerbsleben zu verdrängen. Dabei wurden Politik und Unternehmen von

männerdominierten Gewerkschaften unterstützt, die sich zunehmend von Klassenorganisationen in Tarifmaschinen verwandelten. Diese Rolle konnten sie im Nachkriegsaufschwung mit der Aushandlung historisch beispielloser Lohnsteigerungen rechtfertigen. Letztere beruhten allerdings weniger auf der Beteiligung der Arbeiterklasse an kolonialen Extraprofiten, wie es sich die Sozialimperialisten vor dem Ersten Weltkrieg vorgestellt hatten. Stattdessen gelang es den Gewerkschaften, die Löhne nach Kriegswirtschaft und Depression wieder an das Produktivitätswachstum zu koppeln. Neue Produktionsmethoden, die teilweise während der beiden Weltkriege eingeführt wurden, sowie ein neuer Schub der Verdrängung von Kleingewerbe und Bauernschaft durch kapitalistische Produktionsmethoden ermöglichten eine positive Rückkopplung von Produktivitätsfortschritt und Binnenmarkterweiterung.

Der Süden geht eigene Wege

Der Nachkriegskapitalismus ging mit einer inneren Landnahme einher, die auch deswegen notwendig geworden war, weil der äußeren Landnahme ? der kolonialen Aufteilung der Welt vor dem Ersten Weltkrieg, die den Süden auf die Rolle von Agrar- und Rohstofflieferanten der Kolonialmächte beschränkte ? Grenzen gesetzt waren. In der Großen Depression brach der Weltmarkt zusammen, und als er sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu erholen begann, waren Osteuropa und China für das Kapital unzugänglich, während viele postkoloniale Regimes im Süden eine von den imperialistischen Zentren unabhängige Entwicklung anstrebten. Dieser teils bürgerliche, teils sozialistische Antiimperialismus war selbst eine Folge der beiden Weltkriege.

Antikoloniale Bewegungen, die, wie im Falle Chinas und Koreas, bereits während des Zweiten Weltkriegs an Kraft gewonnen hatten, erhielten nun starken Auftrieb und radikalisierten sich bis hin zu den Revolutionen in Kuba und Vietnam. Die autonomen Frauenbewegungen im Westen entstanden dagegen erst in den 60er Jahren. Zur gleichen Zeit begannen auch viele männliche Arbeiter gegen den Stumpfsinn und die Hetze des Fabriklebens als Preis des Wohlstands zu rebellieren.

Die sozialen und antiimperialistischen Bewegungen, die Ende der 60er Jahre in vielen Teilen der Welt entstanden, forderten die kapitalistische Nachkriegsordnung mit ihren Sozialstaaten im Norden und Industrialisierungsansätzen im Süden politisch heraus. Dazu kam das ökonomische Problem der Überkapazitäten, die am Ende des Nachkriegsaufschwungs sowie durch die beginnende Industrialisierung des Südens aufgebaut wurden. Überkapazitäten schleppt der Kapitalismus seit jener Zeit mit sich

herum. Darauf haben die herrschenden Klassen des Nordens mit einem Umbau des Kapitalismus geantwortet, der diese Bewegungen nachhaltig geschwächt und in begrenztem Maße auch neue Wachstumsimpulse geschaffen hat. Dabei ist eine Weltwirtschaft entstanden, die jener vor dem Ersten Weltkrieg in Vielem ähnelt, in anderer Hinsicht aber grundsätzlich verschieden ist.

Das Scheitern der neuen Weltordnung

Die antikoloniale/antiimperialistische Herausforderung wurde mit einer Mischung aus Militärintervention, Kreditvergabe und politischem Spardiktat beantwortet. Bemühungen der postkolonialen Regime, im Namen der Dritten Welt eine einheitliche Stimme zu finden, wurden dadurch unterlaufen. Die am wenigsten industrialisierten und am meisten von Öl- und Kapitalimporten abhängigen Länder wurden zu Protektoraten multinationaler Rohstoff- und Agrarkonzerne herabgewürdigt. In anderen Ländern wurden Sonderwirtschaftszonen errichtet, die den Weltmarkt mit billiger Massenware versorgen. Einigen wenigen Ländern, insbesondere China, Indien und Brasilien, ist es allerdings aufgrund der Kombination ihrer Größe und starker politischer Regime gelungen, sich als neue Regionalmächte und ökonomische Konkurrenz der Länder des Nordens zu etablieren. Ohne selbst nach Weltherrschaft zu streben, unterminieren sie die dominante Rolle der USA und ihrer Verbündeten in der Welt.

Die Fragmentierung des Südens ist mit einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse im Norden einhergegangen. Einwanderung, Frauenerwerbstätigkeit und die Einpassung nationaler Standorte in globale Produktions- und Distributionsketten haben die Männerwelten, aus denen sich die Arbeiterbewegung des Nordens seit dem 19. Jahrhundert im wesentlichen rekrutiert hatte, fast vollständig aufgelöst. Es haben sich aber noch keine neuen Identitäten herausgebildet, welche die nach Herkunft und Geschlecht so vielfältigen Arbeiterklassen zu kollektivem Handeln befähigen würden.

Die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse ist jedoch nicht nur ein Problem der Mobilisierung sozialer Bewegungen von unten. Sie stellt auch die imperialistischen Militärs vor neue Herausforderungen. Arbeiterheere, deren Führern man im Ersten Weltkrieg nationale Flaggen anstelle der roten Fahne in die Hand drücken konnte, lassen sich angesichts der Buntscheckigkeit der Arbeiterklasse von heute nicht mehr mobilisieren. Die für heutige Armeen typische Mischung aus Hightechspezialisten und Söldnern entspricht der in der Arbeitswelt mittlerweile vorherrschenden Spaltung zwischen kleiner werdenden Kernbelegschaften und den sie umgebenden Heerscharen



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97

redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

prekär Beschäftigter. Trotz hohen Kapitaleinsatzes sind diese Armeen nicht in der Lage, Kriege gegen die Freischärlertruppen fundamentalistischer Antiimperialisten zu gewinnen und die nach dem Ende des Kalten Krieges angekündigte neue Weltordnung durchzusetzen. Der waffenstarrende Norden ist ein Papiertiger, der globale Kapitalismus schleppt sich von Krise zu Krise. Ohne neue Bewegungen von unten werden die damit einhergehenden Zerstörungen jedoch weitergehen.